

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 389/15 vom 04. September 2015

Heike Franzen: Ausgerechnet Schleswig-Holstein versagt bei der Integration ausländischer Kinder im Bildungswesen

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat angesichts der jüngsten Ergebnisse des Bildungsmonitors 2015 ein Umdenken in der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik gefordert:

„Niemand führt im Bundesvergleich ein so großes Wort wie Ministerpräsident Albig, wenn es um kluge Ratschläge für seine Amtskollegen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen geht. Aber ausgerechnet Schleswig-Holstein versagt bei der Integration ausländischer Kinder im Bildungswesen. Das muss endlich zu einem Umdenken führen“, forderte Franzen heute (04. September 2015) in Kiel.

Bildung sei der Schlüssel zur Integration. Wenn in Schleswig-Holstein doppelt so viele ausländische Kinder die Schule ohne Abschluss verließen, wie im Bundesvergleich, sei dies ein Alarmsignal. Gleiches gelte für die im Bundesvergleich erschreckend niedrige Zahl an Abiturienten unter den ausländischen Kindern.

„Hinter diesen Zahlen verbergen sich die Chancen von Zuwandererkindern in unserer Gesellschaft. Diese Chancen sind viel schlechter, als in anderen Bundesländern. Offensichtlich gelingt es den von sozialdemokratischen Bildungsreformen geprägten Schulen gerade nicht, Chancengerechtigkeit zu

schaffen. Daraus müssen jetzt die richtigen Lehren gezogen werden“, forderte Franzen.

Erst gestern hätten Koalitionsabgeordnete angesichts der hohen Inklusionsquote gejubelt, sie wären ihrem Ziel eines Bildungssystems, das niemanden zurücklässt und jedem Kind die Möglichkeit einräumt, den ihm bestmöglichen Abschluss zu erreichen, einen riesen Schritt näher gekommen.

Die CDU-Abgeordnete: „Der Bildungsmonitor beweist, dass das nicht stimmt. Es kommt nicht darauf an, wie viel Prozent eine Schule besuchen. Es kommt darauf an, wie viele Kinder einen Schulabschluss schaffen. Und da macht Schleswig-Holstein unter SPD, Grünen und SSW einen Riesenschritt nach hinten.“